

FPÖ/Pressekonferenz/Gentechnik/EU

FPÖ formiert Schulterchluss gegen Gentechnik

Utl.: "Aus gesundheitlichen, ökologischen oder wirtschaftlichen Überlegungen ist die von der EU-Kommission propagierte Grüne Gentechnik rundweg abzulehnen" =

Wien (OTS) - Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz skizzierten FPÖ Agrarsprecher DI Karlheinz Klement, der Bio-Landwirt DI Volker Helldorf, der Mediziner Dr. Otmar Oblak und R. L. Tomasch von der Plattform Pro Leben die mannigfachen Bedrohungsszenarien der Grünen Gentechnik.

So wurde die von 13 renommierten Wissenschaftern erstellte ISB-Studie vorgelegt, der zufolge der - fragwürdige - Genuss gentechnisch veränderter Lebensmittelinhaltsstoffe alleine im Gesundheitssystem der USA einen Schaden von 14 Milliarden Dollar verursachte. Dieser jährliche Mehraufwand ist vor allem anderen auf die verbreitete Fettleibigkeit, aber ebenso auf Allergien und Organerkrankungen zurückzuführen.

Eine weitere Gesundheitsbedrohung bringt die in der gentechnisch veränderten Landwirtschaft verbreitete Spritzmittel-Intensität mit sich, da Hybridpflanzen extrem krankheits- und schädlingsanfällig sind. Der solcherart erzwungene massive Einsatz von agrochemischen Pflanzenschutzmitteln hat dramatische Auswirkungen sowohl für Bauern als auch Konsumenten.

Da eine Koexistenz von gentechnisch veränderter und konventioneller bzw. biologischer Landwirtschaft unmöglich ist, geht mit der Freisetzung von GVO-Saatgut (gentechnisch veränderten Organismen) die Wahlfreiheit des Verbrauchers verloren. Dies tut sie auch aufgrund der ungenügenden Kennzeichnungspflicht für genmodifizierte Lebensmittelinhaltsstoffe in der EU - von der tierische Produkte ausdrücklich ausgenommen sind.

Angesichts solcher Szenarien, die von kollabierenden Gesundheitssystemen bis zur unumkehrbaren Nahrungsmitteldiktatur (patentiertes Saatgut) reichen, gaben die Vortragenden einhellig ihrer Verwunderung Ausdruck, dass von der österreichischen Regierung zwar pro-Gentechnik-Plattformen gefördert werden, Gentechnik-kritische aber nicht.

Die österreichische Bundesregierung agiert offenbar als Vollzugsgehilfe der EU-Kommission. Diese drohte nach dem gestrigen Beschluß des Agrarministerrates, der Österreich die Aufrechthaltung seiner Genmais-Import-Verbote zubilligte, unverzüglich "neue Schritte" an und lud laut Umweltorganisationen Vertreter der Mitgliedsländer vor, um das überraschende Abstimmungsverhalten zu rechtfertigen.

Rückfragehinweis:
Freiheitlicher Parlamentsklub

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0199 2006-12-19/15:23

191523 Dez 06